

Rajiv Gandhi – Der große Verlierer

– Inder haben sich für kleineres Übel entschieden –

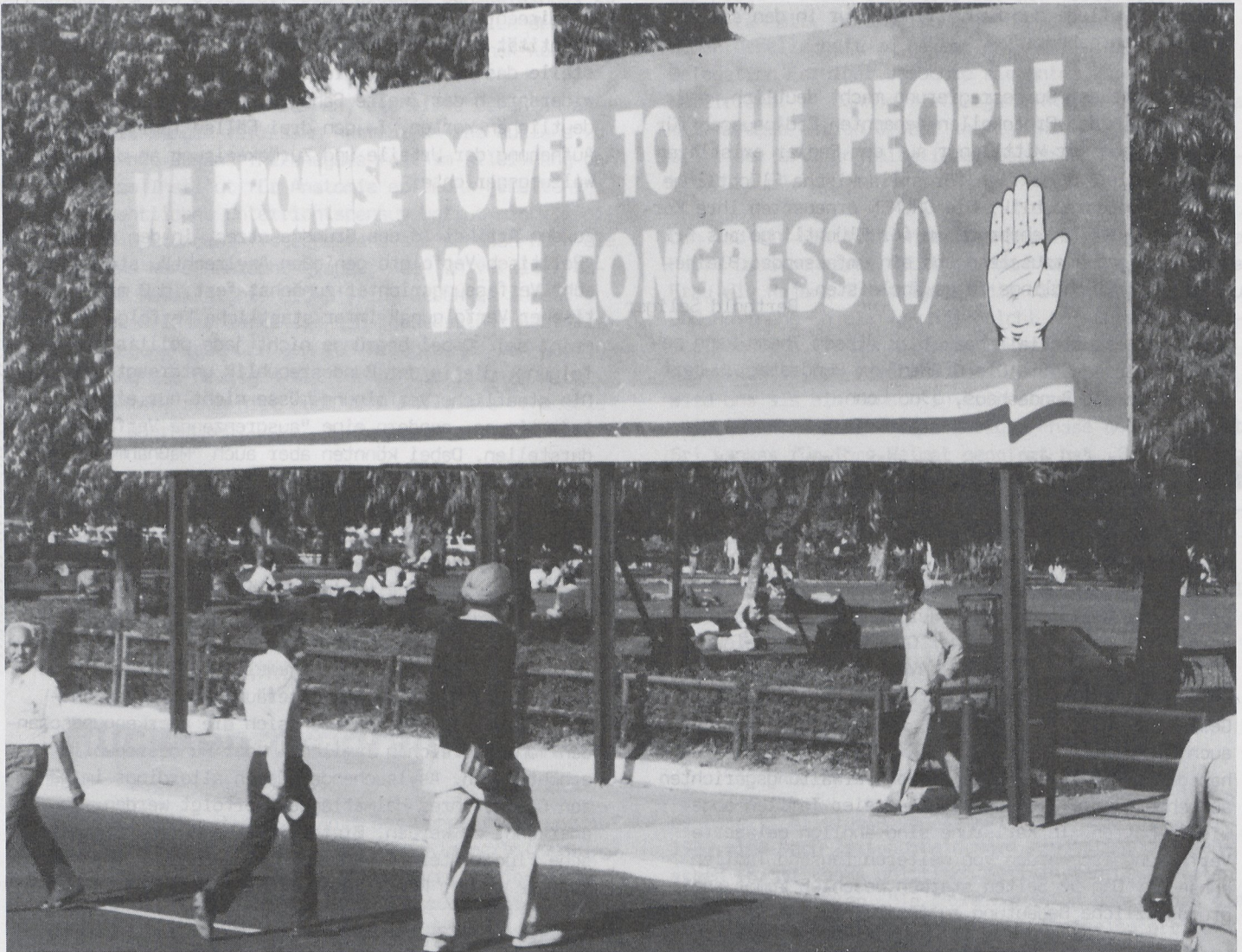


Foto: Walter Keller

"Mit der Congress-Partei und Rajiv Gandhi bleibt Indien stark und vereint", stand auf riesigen Plakatewänden, die überall in den großen Städten aufgestellt waren. Aber solche Wahlslogans konnten genauso wenig die Niederlage der 'Congress-I'-Partei verhindern wie ganzseitige Anzeigen, die schon Wochen vor den Wahlen, die am 22., 24. und 26. November stattfanden, erschienen. "Mein Herz schlägt für Indien" - so waren die Anzeigen in den indischen Tageszeitungen und Nachrichtenmagazinen - von denen die meisten in ihrem redaktionellen Teil nicht gerade zimperlich mit der Partei von Rajiv Gandhi umgingen - überschrieben. In geschickter, teils demagogischer Manier warnte die Parteienwerbung vor dem Untergang des Subkontinents für den Fall, daß eine aus "Opportunisten und Kommunisten bestehende Opposition die Regierungsgeschäfte übernimmt". Ungerechnet fast 50 Millionen Mark ließ sich der 'Congress' die Großflächenwerbung, Zeitungsanzeigen, Video- und Audiokassetten kosten, um den 500

Millionen Wahlberechtigten die Vorzüge der Partei der Nehru-Dynastie vor Augen zu führen. Sie hat von den 42 Jahren, die seit der Unabhängigkeit vergangen sind, 40 Jahre lang das Riesenland regiert. Nach dem Wählervotum vom November ist ihre Zeit jetzt erst einmal vorbei. Der 'Congress' hat mehr als die Hälfte seiner bisherigen Mandate eingebüßt und konnte nur noch im Süden des Subkontinents Erfolge verbuchen.

Mehr als 7.000 KandidatenInnen

Insgesamt bewarben sich bei den Parlamentswahlen 7.000 Kandidaten um die 527 der insgesamt 545 Sitze in der indischen 'Lok Sabha' - mehr als jemals zuvor (Im Bundesstaat Assam wird erst im neuen Jahr gewählt; für zwei Sitze werden Abgeordnete vom Präsidenten nominiert; ein Wahlbezirk in Kashmir hatte bereits vor den landesweiten Wahlen einen 'Congress'-Abgeordneten gewählt). Und das von vielen Beobachtern erwartete Kopf-an-Kopf Rennen zwischen der regierenden 'Congress-

Partei' und einer aus mehreren Parteien bestehenden 'National Front' fand statt. Die 'National Front' mit ihrem Spitzenkandidaten und neuem Premier Vishwanath Pratap Singh (siehe 'Portrait') hatte zusätzlich in über 400 Wahlbezirken Absprachen mit der hindu-fundamentalistischen 'Bharata Janata Party' (BJP) - sie unterhält Kontakte zu hindu-militanten und faschistischen Organisationen wie RSS, VHP und Shiv Sena - und den Kommunisten (CPI, CPM) getroffen. Deshalb kam es in den meisten Wahlbezirken zu einem direkten Vergleich zwischen einem Kandidaten des 'Congress' und einem der breiten Opposition.

'Bofors' - Wahlkampfthema der Opposition

Natürlich war die 'Bofors'-Affäre das dominierende Thema im Wahlkampf, mit dem die Opposition versuchte, Rajiv Gandhi zu Fall zu bringen. Die Affäre war durch einen Vertrag entstanden, der im März 1986 zwischen der indischen Regierung und dem schwedischen Rüstungskonzern 'Bofors' über die Lieferung von 155-Millimeter Feldhaubitzen im Wert von umgerechnet etwa 2,5 Milliarden Mark unterzeichnet wurde. Für das Zustandekommen des Riesengeschäfts soll der Konzern sogenannte 'kickbacks' an hochrangige indische Offizielle gezahlt haben. Dies wurde auch in einem Bericht des indischen

Rechnungshofes vom Juli dieses Jahres bestätigt (siehe auch: 'Südasiens', 8-9/89). Die Bombe platzte, als vor wenigen Wochen der südindische 'Hindu' bisher geheimgehaltene Papiere des schwedischen Unternehmens veröffentlichte, in denen von Bestechungsgeldern an Personen die Rede ist, "die sich für das Geschäft eingesetzt haben". Indische Agenten von Bofors sollen demnach umgerechnet 100 Millionen Mark an 'Kommission' erhalten haben. In wessen Taschen das Geld aber letztendlich geflossen ist, blieb bislang ungeklärt. Eine Spur führte in Richtung des Gandhi-Imperiums - aber Rajiv Gandhi stritt jede Beteiligung und jedes Wissen ab.

Wie stark der Bofors-Skandal, der während der letzten Monate auch die Berichterstattung in allen Medien beherrschte - Ausnahme waren Rundfunk und Fernsehen, die von der Regierung kontrolliert werden -, das Stimmverhalten einer breiten Wählerschaft beeinflusst hat, ist bisher noch unklar. Noch vor den Wahlen hatten einige politische Beobachter die Auffassung geäußert, der Streit um die schwedischen Zuwendungen ginge an der ländlichen Bevölkerung, die wahlentscheidend ist, vorbei. "Die meisten Menschen auf dem Land wissen garnicht, was 'Bofors' bedeutet", hieß es.

Nur bei Wahlen zählen ihre Stimmen.....

Wahlkampf in Indien, Parteien gehen auf Stimmenfang. Überall im Land finden öffentliche Kundgebungen statt. Unvorbenanntes Wählerpotential sind die Angehörigen der schätzungsweise 150 Millionen 'Unberührbaren' oder 'Harijans', jenen ansonsten diskriminierten Bevölkerungsteilen Indiens, die außerhalb eines rigiden Kastensystems stehen, in das die indische Gesellschaft auch heute noch eingeteilt ist. Wegen ihrer wirtschaftlichen Notlage lassen sie sich nicht selten ihre Stimme für ein paar Rupien abkaufen. Die meisten Parteien haben natürlich nur in Wahlzeiten ein gutes Wort für die 'Harijans' übrig. Allenfalls dann ist man bereit, auf ihre Stimme zu hören - schließlich zählt sie ja. Aber der Alltag der 'Harijans' sieht anders aus: Jahr für Jahr werden mehrere Zehntausend Verbrechen an der diskriminierten Bevölkerung Indiens registriert. So wie vor einigen Wochen im September, als über 100 'Harijans' im südlichen Indien bei Auseinandersetzungen mit Landbesitzern, natürlich Kastenhindus, ums Leben kamen. Meist einziger Grund für solche und ähnliche Bluttaten: die Verachtung des sozial tiefer Stehenden.

Nach hinduistischer Auffassung setzt sich die Gesellschaft von Anbeginn an aus vier Klassen oder Ständen zusammen. An oberster Stelle stehen die Brahmanen, denen fast göttliche Verehrung entgegenzubringen ist. Es folgen mit Abstand die Kshatriyas - Könige und Krieger - und die Vaishyas, zu denen Bauern und Kaufleute zählen. Am Ende der Pyramide der Kastenhindus stehen die Shudras, die allen anderen zu dienen haben. Die Rangfolge innerhalb dieses Vierersystems beruht

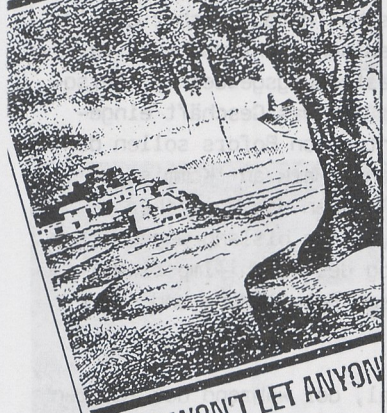
auf der Vorstellung von Reinheit, die eng mit der Lebensführung, der beruflichen Tätigkeit und den Eßgewohnheiten verbunden ist. Ganz aus diesem System heraus fallen die 'Unberührbaren'.

Obwohl die Regierung eine Kommission nach der anderen einsetzt, um Gewalttaten zu untersuchen und um Vorschläge zur Verbesserung der Lebensbedingungen zu erarbeiten, bleibt die soziale und wirtschaftliche Lage der 'Harijans' bedrückend. Bei der Verfolgung von Straftaten stecken Missetäter und Ordnungshüter oft unter einer Decke, verhindert Kastensolidarität die Verfolgung der Schuldigen.

In einigen Gebieten Indiens versuchen 'Harijans', sich selbst zu organisieren. Sie nennen sich 'Dalits', was übersetzt etwa Angehörige einer unterdrückten Gemeinschaft heißt. Sie wollen umsetzen, für das sich in den 30-er Jahren der legendäre Führer der 'Harijans', Dr. Ambedkar, eingesetzt hatte. Er war der Auffassung, daß nur über den Klassenkampf eine soziale Gleichstellung erzielt werden könne. Ambedkar scheiterte jedoch an der komplizierten hinduistischen Kastengesellschaft und trat die Flucht in den Buddhismus an. Jacob Raj, selbst 'Dalit' und einer der Aktivisten der Bewegung appelliert an die Weltöffentlichkeit: "In Indien leben Millionen unter Apartheid-Bedingungen. Und während alle Augen auf Südafrika gerichtet sind, gibt es in der westlichen Welt keine Fürsprecher für die Dalits, obwohl wir zahlenmäßig soviele sind, wie ganz Europa Einwohner hat."

W.K.

MY HEART BEATS FOR INDIA!



AND I WON'T LET ANYONE

Panchayati Raj: A revolution for the development of the rural areas. Or: From the 1950s to 1962.

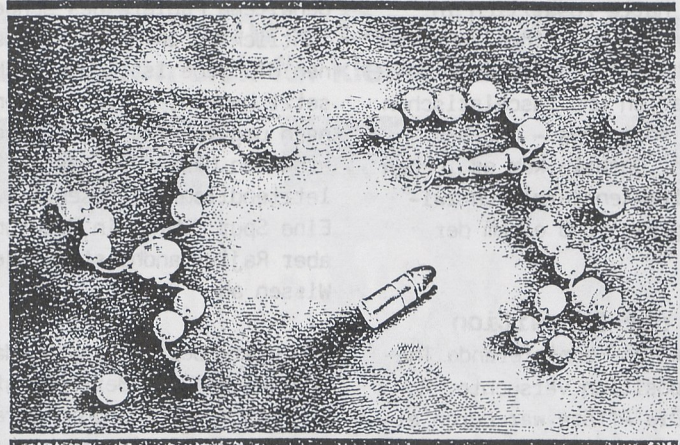
Panchayati Raj: A revolution for progress and prosperity

Some of what Panchayati Raj intended:

- To give each Panchayat the responsibility for its own development and to implement its own development plans. To achieve this economic and social development in the rural areas must be in accordance with the needs of the society. No plans should be imposed on the villages by the state government.
- To ensure that every scheme conceived must benefit the poor, the oppressed and the needy. Before it receives approval for implementation.
- To give power in the hands of the people of each and every village in a Panchayat. Supervised by the Election Commission.
- To increase the number of elected representatives to one for every 500-1000 people. For greater accountability. So that the voice of every citizen of India would be heard and that the state would be a door.
- To ensure that 30% of the seats would be reserved for women. To give them the right to elect their representatives. So that the very backbone of our country

GIVE INDIA A

MY HEART BEATS FOR INDIA!



AND I WON'T LET ANYONE MAKE IT A BATTLEFIELD OF DIFFERENT GODS.

Ideals are dying for idols.

There are some people in India who can't look beyond the colour of their skin. They want to turn places of worship into fortresses, the call to faith into a call to arms and the hearts of the people into battlefields of different gods. They want to disown man's freedom to the public and carve out spaces for themselves from the shadows of the innocents.

They don't see Indians, they see Hindus, Muslims, Christians and Sikhs. They see Brahmmins, Thakurs, Bahans and Harijans. They see Yacavs, Singhs, Shermas and Chaturveds. They see Shias and Sunnis.

You are not a human being for them. You are just a tool for their power and greed to rise on a mere number, in minority or majority, which can be sacrificed for their greed for power.

They are few, but they are conscious. Because they realize, they can succeed only once, while

we have to succeed every time.

The Congress (I) believes and has always believed in equal opportunities for all religions.

The Congress (I) is the only truly national secular party with members and candidates from all communities and castes.

The Congress (I) has unlocked more doors, opened more opportunities for the less privileged and the less fortunate.

Only the Congress (I) can fight communism nationally, because the Congress (I) remains strongly committed to a secular India, with national perspectives and priorities.

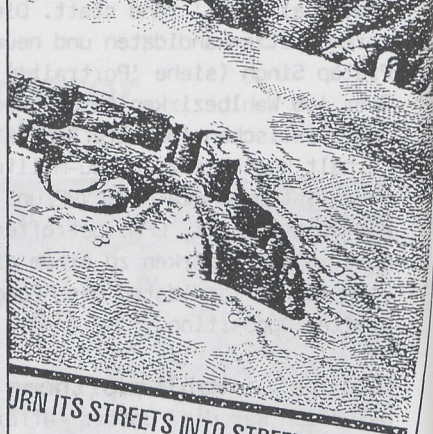
Give India a hand so that those whose hearts can't beat for India can be beaten into the dustbin of history.

So let your vote work for India. A secular India. Let your heart beat for India. Vote Congress (I).



GIVE INDIA A HAND. VOTE CONG (I).

MY HEART BEATS FOR INDIA!



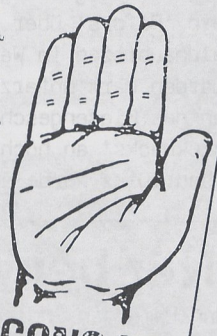
TURN ITS STREETS INTO STREETS OF FIRE.

Strong hand can ensure that you never get with a kitchen knife under your protection of yourself and your

is a strong hand to do that for you hand of the Congress (I) to keep the country peaceful progress (I) can keep the clouds of injustice and religious darkness from India's sun by the Congress (I) has a history of free fight regional bases and of being a strong integrated with one leader, one policy, one

and united government, giving the people and their

work for India. A safe India. A free India.



D. VOTE CONG (I).

Wahlkampfwerbung der 'Congress'-Partei

"Weil es in Indien keine Wahlkampfkostenerstattung durch den Staat gibt, bleiben für Parteien oft nur dubios anmutende Geschäfte, womit sie sich finanzieren können. Deshalb ist es auch kaum verwunderlich, wenn es in Indien nicht wenige gibt, die an 'Provisionszahlungen' bei der Vergabe von Regierungsaufträgen nichts auszusetzen haben, soweit sie als 'Parteienspende' zurückfließen. Die Leute schreien nur dann auf, wenn solche Gelder in private Taschen gehen".

Während das Rüstungsgeschäft mit Bofors den Wahlkampf der Opposition beherrschte, betonte Gandhis 'Congress' immer wieder die Unfähigkeit der Opposition, das Riesenland ins 21. Jahrhundert zu führen. Die Opposition sei auch 'gegen den kleinen Mann', weil sie gegen einen Gesetzesentwurf gestimmt habe, der den Hunderttausenden von Kommunen mehr Mitbestimmung hätte bringen sollen (Panchayati Raj Bill). Um all dies den Wählern klar zu machen, unternahm Rajiv Gandhi noch während der letzten Wochen vor den Wahlen eine Mammuttour durch den gesamten Subkontinent. Innerhalb von 6 Wochen besuchte er mit einem nur ihm als Regierungschef zustehenden Flugzeug über 200 Wahlbezirke und machte Wahlversprechen, die er jetzt nicht mehr einhalten kann: Allein den Beginn von 12 Projektvorhaben im Gesamtvolumen von umgerechnet 10 Milliarden Mark sagte er in seinem Wahlkampf zu.

Zunehmender Kommunalismus

Entscheidend für das Abschneiden aller Parteien war das Wahlverhalten der sogenannten vote-banks. Dazu zählen die etwa 100 Millionen indischen Moslems und die etwa 150 Millionen Angehörigen der 'Unberührbaren', jenen unterdrückten Bevölkerungsteilen, die außerhalb des rigiden Kastensystems stehen, in das die indische Gesellschaft auch heute noch eingeteilt ist (siehe: 'Nur bei den Wahlen wird ihre Stimme gebraucht'). Im eigentlich säkularen Indien sind Religion und Politik heute stärker als jemals zuvor miteinander verwoben. Kommunistische Ausschreitungen zwischen Hindus und Moslems, die politische Parteien nicht selten anzettelten und zu ihrem Vorteil ausnutzten, haben sich wie ein Krebsgeschwür in die indische Gesellschaft hineingefressen. Vor allem im sogenannten Hindi-Belt, zu dem die nördlichen Bundesstaaten Uttar Pradesh, Bihar, Madhya Pradesh und Gujarat gezählt werden und wo allein 40 % der gesamten Wählerschaft des Landes leben, kommt es zunehmend zu Ausschreitungen zwischen Hindus und Moslems. In diesem Jahr haben bereits mehrere Hundert Menschen ihr Leben verloren. "Es sind Gewalttaten, die in erschreckender Weise an die Greuelthaten erinnern, die sich während der indische Teilung 1947 abspielten", schrieb eine Zeitschrift (siehe Kasten 'Kommunalismus').

Der 'Congress' hat gerade im 'Hindi-Belt' durch einige widersprüchliche Entscheidungen einen Großteil der als sicher geglaubten Stimmen der Moslems verloren. Und weil Moslems in nahezu 100 Wahlkreisen entscheidenden Einfluß auf das Endergebnis haben, hat ihr Stimmverhalten maßgeblich zur Niederlage Gandhis beigetragen. Die Hindus hat der 'Congress' vor allem im bevölkerungsreichsten Bundesstaat Uttar Pradesh (80 Millionen Wahlberechtigte, ein Großteil davon Moslems) durch eine Maßnahme verärgert, die offensichtlich auf kurzfristige Vorteile ausgerichtet war: Dort wurde kurz vor den Wahlen noch 'Urdu', die Hauptsprache der Moslems, zu einer zweiten Amtssprache erhoben, was vor allem die hindu-chauvinistischen Gruppierungen und Parteien wie die 'Bharata Janata Party' (BJP) kritisierten. Die BJP war es dann auch, die den Hauptnutzen aus dem unentschlossenen und teilweise widersprüchlichen Vorgehen des 'Congress' zog.

Außen- und Wirtschaftspolitik nur am Rande

Wegen der Dominanz der 'Bofors'-Bestechungsaffäre ist es nicht verwunderlich, wenn außen- und wirtschaftspolitische Themen im Wahlkampf nur eine sekundäre Rolle gespielt haben und nur marginal das Wahlverhalten beeinflussen dürften. Die traditionell sehr engen indisch-sowjetischen Beziehungen sind während der Regierungszeit Rajiv Gandhis stabil geblieben. Indien kann jedoch wegen der Veränderungen in der sowjetischen Außenpolitik nicht mehr in allen Situationen auf die uneingeschränkte Unterstützung und Zustimmung der UdSSR bauen. Die indisch-amerikanischen Beziehungen haben sich während der vergangenen fünf Jahre stark verbessert, was vor allem auf die zunehmende Öffnung des indischen Marktes und die von Gandhi und seinen Finanzministern - nicht zuletzt durch V.P. Singh, der bis Januar 1987 Gandhis Finanzminister war - begonnene Liberalisierungspolitik zurückzuführen ist. Ausländische Investitionen sind in Indien nicht mehr nur zugelassen, Gandhi und seine jungen Berater setzen alles daran, vermehrt ausländisches Kapital anzuwerben. Die veränderte Wirtschaftspolitik hat trotz der landwirtschaftlichen Rekordernten der letzten beiden Jahre und den derzeit hohen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten zu einem dramatischen Ansteigen der indischen Auslandsverschuldung und zunehmenden inflationären Tendenzen beigetragen. Indiens Schulden werden derzeit auf etwa 120 Milliarden Mark geschätzt.

Gespannte Beziehungen zu den Nachbarn

Während das Verhältnis zu den beiden Großmächten und zum Westen allgemein als sehr gut und entspannt zu bezeichnen ist, haben Indiens Beziehungen vor allem zu den kleineren Nachbarn Nepal und Sri Lanka einen Tiefpunkt erreicht. Unter diesen Spannungen leidet auch das junge Bündnis der 'Organisation der südasiatischen Staaten', (SAARC). Schon seit längerem werfen die kleineren Nachbarn Indien vor, es habe vor allem während der Regierungszeit von Rajiv Gandhi die Allüren eines 'großen Bruders' angenommen der seine Muskeln spielen lasse und den kleineren Nachbarn diktiere, was sie tun oder lassen sollen. Indien führe sich wie der Nachfolger der Briten in Südasiens auf und versuche,

die Region von New Delhi aus zu kontrollieren. Generalsekretär Guswamy von der 'National Front' glaubt, dieser Eindruck sei nur deshalb entstanden, weil es die Regierung nicht geschafft habe, bei den Nachbarn Vertrauen zu erzeugen. "Gerade wegen der Größe Indiens müssen wir alles tun, um Verständnis bei unseren Nachbarn zu schaffen. Wir werden ein Klima schaffen, in dem die Idee einer regionalen Kooperation verwirklicht werden kann."

Für die Krise mit Sri Lanka, die sich um Indiens Intervention auf der Insel und den Abzug der dort stationierten 'Friedenssoldaten' dreht, machen politische Beobachter die Engstirnigkeit verantwortlich, mit der Gandhi seine Entscheidungen traf. Nikhil Chakravarty, Herausgeber des in Delhi erscheinenden 'Mainstream' und Präsident der Vereinigung indischer Verleger, glaubt an fehlende "intellektuelle Tiefe" auf Seiten des Ex-Premiers. "Gandhi hat viele Ent-



scheidungen adhoc getroffen", kritisiert er und fügt hinzu: "Trotz eines Außenministeriums, das gute Arbeit zu leisten imstande ist, wurden Entscheidungen oft im Büro des Premierministers getroffen. Dort gab es so etwas wie ein Super-Kabinett." (siehe auch Interview)

Vor den Wahlen meinten einige indische Kommentatoren, der indische Wähler sei noch nie so zu bedauern gewesen, wie bei den jetzt zu Ende gegangenen Parlamentswahlen. "Die Auswahl besteht zwischen einem korrupten 'Congress' mit einer Person, die als Premier gänzlich ungeeignet und darüberhinaus politisch naiv ist, und einem aus mehreren regionalen und chauvinistischen Parteien zusammengewürfelten oppositionellen Bündnis, das wohl kaum in der Lage sein wird, eine stabile Regierung zu bilden", meinte einer der bissigsten indischen Zeitungskommentatoren, Cho Ramaswamy. "Und was sind das für Leute in der Opposition, die angeblich gegen Korruption kämpfen und für Säuberung stehen?", fragte er weiter. "Zum Beispiel Karunanidhi, der Ministerpräsident der Bundesstaates Tamil Nadu: nachgewiesenermaßen ein korrupter Politiker. Oder der Ministerpräsident von Haryana, Devi Lal, dem schon so viele Korruptionsvorwürfe gemacht wurden, und dann N.T. Rama Rao, Ministerpräsident des Bundesstaates Andhra Pradesh: Er ist ein Despot, ein Mann, der für seinen Nepotismus, seine Korruptionsaffären und seinen autoritären Führungsstil bekannt ist".

Walter Keller